



Das vorliegende Papier beinhaltet die **Forderungen der Landesarbeitsgemeinschaft Angehörige Psychiatrie Brandenburg** zur Verbesserung der psychiatrischen Versorgung im Land Brandenburg und zur Stärkung der Angehörigen von Menschen mit psychischen Erkrankungen. Sie lauten:

- a) **Die psychiatrischen Kliniken und Fachabteilungen im Land Brandenburg erarbeiten mit der LAG Angehörige Psychiatrie Brandenburg eine gemeinsame Vereinbarung zur Angehörigenarbeit.**

Die Landesarbeitsgemeinschaft bittet die Landespolitik darauf hinzuwirken die psychiatrischen Kliniken und Fachabteilungen zur **Verabschiedung gemeinsamer Vereinbarungen** anzuhalten, bei denen es vor allem um Mindeststandards zur Angehörigenarbeit sowie um ein standardisiertes Entlassmanagement geht. „Gemeinsame Vereinbarungen“ dieser Art sind bereits in verschiedenen Bundesländern umgesetzt worden. Die Landesarbeitsgemeinschaft konnte eine solche Vereinbarung bereits mit einer Fachklinik im Land Brandenburg abschließen (siehe Anlage) und benötigt an dieser Stelle Rückenwind vom Ministerium.

- b) **Die Teilhabe am Arbeitsleben und Teilhabe am Leben der Gesellschaft von Menschen mit psychischen Erkrankungen im Land Brandenburg wird gestärkt.**

Die Landesarbeitsgemeinschaft fordert das Land Brandenburg auf, **geeignete Arbeits- und Wohnmöglichkeiten** für Menschen mit psychischen Erkrankungen massiv auszubauen. Ein Kontaktnetz zwischen Politik, Landesbehörden, kommunalen Verwaltungen und der Wohnungswirtschaft wird aufgebaut. Die Teilhabe von Menschen mit psychischen Erkrankungen wird mit **bedarfsgerechten Arbeits- und Ausbildungsplätzen und geeignete Wohnformen** gefördert.

Die Landesarbeitsgemeinschaft fordert das Land, die Gemeinden und Gemeindeverbände dringend auf, **integrierte Wohnangebote für Menschen mit psychischen Erkrankungen** in den Förderinstrumenten für Wohnraum zu verankern.

Arbeit und Beschäftigung als ein wichtiger Anteil menschlicher Existenz ist grundlegend für die physische und psychische Gesundheit eines jeden Einzelnen. So stellt Arbeit täglich Kontakte und Beziehungen zu anderen Menschen her, ermöglicht die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, strukturiert den Tagesablauf, fördert Aktivität und wird in aller Regel als sinnvoll bzw. sinnstiftend erlebt.



Trotz der zentralen Bedeutung von Arbeit hat die Entwicklung einer inklusiven, niedrighschwelligigen Angebotsstruktur für Menschen mit einer psychischen Erkrankung im Land Brandenburg im Wesentlichen noch nicht stattgefunden.

Beispielsweise ist Brandenburg bundesweit aktuell Schlusslicht mit der Förderung von Zuverdienstprojekten, siehe www.mehrzuverdienst.de.

Wir fordern, dass Brandenburg auf Landes- und kommunaler Ebene Zuverdienststellen finanziell fördert und auch deren Umsetzung auf kommunaler Ebene einfordert, bis das **Land Brandenburg den Bundesdurchschnitt an Zuverdienststellen erreicht**.

c) Angehörigenarbeit bekommt eine Abrechnungsziffer.

Ambulante, teilstationäre und stationäre Einrichtungen für Menschen mit psychischen Erkrankungen (d. h. niedergelassene Praxen, psychiatrische Kliniken etc.) sollen die **Angebote für Angehörigenarbeit** (z. B. Netzwerk- und Einzelgespräche) bei den Krankenkassen **abrechnen können**. Die Landesarbeitsgemeinschaft bittet das Land Brandenburg, sich für die Umsetzung dieses Themas auf Bundesebene einzusetzen, da das Thema ohne Abrechnungsziffer im Therapie-Alltag ohne ökonomische Relevanz bleibt und somit weiterhin stiefmütterlich behandelt wird. Dies kommt in einem Flächenland wie Brandenburg besonders zum Tragen.

d) Psychiatrische und psychosoziale Angebote für Menschen mit psychischen Erkrankungen im Land Brandenburg werden ausgebaut.

Die Landesarbeitsgemeinschaft fordert die **Stärkung der aufsuchenden Versorgung** insbesondere von Menschen mit schweren und chronischen psychischen Erkrankungen im Land Brandenburg. Im Flächenland Brandenburg mit weiten Fahrtwegen zu ambulanten und stationären Versorgungsangeboten soll es Menschen mit psychischen Erkrankungen ermöglicht werden, fachärztlich und psychotherapeutisch auch in der eigenen Häuslichkeit aufsuchend behandelt zu werden.

Darüber hinaus setzt sich die Landesarbeitsgemeinschaft für den **Ausbau niedrighschwelliger Angebote** zur Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen **bei Krisen** ein, um Krankenhausaufenthalte zu vermeiden (Reduzierung von Drehtüreffekten). Die Angebote (Sozialpsychiatrische Dienste, Kontakt- und Beratungsstätten) sollen flächendeckend auch am Wochenende, an Feiertagen und nachts erreichbar sein.

Für Menschen mit psychischen Erkrankungen und ihre Angehörige soll der **Zugang zu Informationen und Beratung** erleichtert werden. In dem Zuge soll die Ergänzende



Unabhängige Teilhabeberatung ausgebaut und auch für Menschen aus ländlichen Regionen Brandenburgs besser zugänglich werden.

e) Die Qualität der rechtlichen Vertretung für Menschen mit psychischen Erkrankungen wird verbessert.

Die Landesarbeitsgemeinschaft fordert das Land Brandenburg auf, darauf hinzuwirken, dass die Instrumente der **Vorsorgevollmacht und Patientenverfügung** im Land Brandenburg weiter bekannt gemacht werden und mehr zur Anwendung kommen.

Die **qualitätsgerechte Auswahl von rechtlichen Betreuerinnen und Betreuer** und deren **Kontrolle** muss verbessert werden. Dabei sollte die Möglichkeit, dass **Angehörige die rechtliche Betreuung ehrenamtlich übernehmen** mehr Berücksichtigung finden.

Die Landesarbeitsgemeinschaft befürwortet die Bestrebungen, dass Berufsbetreuerinnen und -betreuer **eine staatlich anerkannte Ausbildung** ermöglicht wird.

Generell sollte das Land Brandenburg sich dafür einsetzen, dass die **Vergütung** der beruflichen rechtlichen Betreuerinnen und Betreuer sowie die **Aufwandschädigung** der ehrenamtlichen Betreuerinnen und Betreuer **anhoben** wird.

Ehrenamtlichen Betreuerinnen und Betreuer soll vor Ort eine **fachgerechte Einführung** sowie **regelmäßige Weiterbildung** angeboten werden.

f) Zusätzlich zu den Besuchskommissionen wird im Land Brandenburg eine landesweite unabhängige Beschwerdestelle eingerichtet, an die sich Menschen mit psychischen Erkrankungen und ihre Angehörige wenden können.

Die Landesarbeitsgemeinschaft fordert das Land Brandenburg auf, eine **landesweite unabhängige Beschwerdestelle** für Menschen mit psychischen Erkrankungen und ihre Angehörige einzurichten. Diese soll auch niedrigschwellige Beratung, Begleitung und Informationen bei Beschwerden zur psychiatrischen Versorgung im Land Brandenburg bieten. Der Zugang zu den Beschwerdestellen soll persönlich, telefonisch sowie online möglich sein. Auf das Angebot der Beschwerdestelle soll auf der Homepage des für Gesundheit zuständigen Ministeriums hingewiesen werden.

Eingehende Beschwerden und Reaktionen sollen **umfänglich dokumentiert und berichtet** werden.



Bisher existieren im Land Brandenburg nur ehrenamtlich tätige unabhängige Beschwerdestellen in Krankenhäusern (Patientenfürsprecherinnen und -fürsprecher). Im gemeindepsychiatrischen Bereich wird Menschen mit psychischen Erkrankungen und deren Angehörige im Land Brandenburg bisher keine niedrigschwellige Unterstützung bei der Formulierung von Beschwerden angeboten.

Die Beschwerdestellen sollen Transparenz über Beschwerdewege sowie die Schwachstellen in der psychiatrischen Versorgung im Land Brandenburg schaffen und Menschen mit psychischen Erkrankungen und ihre Angehörige in der Wahrnehmung ihrer Rechte und Interessen stärken. Unabhängige Beschwerdestellen dieser Art sind bereits in verschiedenen Bundesländern geschaffen worden (siehe Website des BundesNetzwerks unabhängiger Beschwerdestellen Psychiatrie www.beschwerde-psychiatrie.de).

Bei der **Besetzung von Besuchskommissionen** ist die **Beteiligung von Menschen mit psychischen Erkrankungen und Angehörigen** gesetzlich festzuschreiben. Die **Aufwandsentschädigung** soll für alle Mitglieder der Besuchskommissionen **gleich hoch** sein.

g) Die Selbsthilfe für Angehörige von Menschen mit psychischen Erkrankungen wird gestärkt.

In jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt im Land Brandenburg sollen **von der Verwaltung unabhängige Selbsthilfekontaktstellen** betrieben werden, die den Aufbau und die Arbeit von Selbsthilfegruppen Angehöriger psychisch kranker Menschen unterstützen. Beispielhaft ist dies aktuell im Landkreis Elbe-Elster und Ostprignitz-Ruppin nicht gewährleistet.

Darüber hinaus soll der flächendeckende **Aufbau von Psychose- und Triologseminaren** im Land Brandenburg unterstützt werden. **Schulungsangebote** für Angehörige sollen ausgebaut werden. Die **ehrenamtliche Arbeit** von Angehörigen psychisch erkrankter Menschen in der Selbsthilfe soll finanziell gestärkt werden, da dies bisher in Brandenburg so gut wie nicht stattfindet.

Zudem sollen Angehörige psychisch erkrankter Menschen für ihre Angehörigenarbeit einen **Finanz- oder Steuerausgleich** erhalten. Die Landesarbeitsgemeinschaft bittet das Land sich für dieses Thema auf Bundesebene einzusetzen.

Die Erfahrung zeigt, dass der Austausch unter Angehörigen wichtig ist, um das Leben weiterhin zu meistern und zu entlasten. Selbsthilfegruppen entlasten das



Gesundheitssystem, denn sie sorgen dafür, dass Angehörige ihren Familienmitgliedern und auch anderen Angehörigen effektiver helfen können und selbst in Balance bleiben.

h) Die Interessenvertretung von Angehörigen von Menschen mit psychischen Erkrankungen wird gestärkt.

Die Interessenvertretung der **Landesarbeitsgemeinschaft Angehörige Psychiatrie Brandenburg** soll weiter gestärkt werden. Bisher erhält die Landesarbeitsgemeinschaft Unterstützung durch das Projekt „Stärkung der Patientenrechte in der psychiatrischen Versorgung im Land Brandenburg“ (Gesundheit Berlin-Brandenburg e. V.), das vom Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz bereits gefördert wird. Über diese Unterstützung hinaus bittet die Landesarbeitsgemeinschaft das Land Brandenburg um weitere Unterstützung, um ihre Interessenvertretung weiter aufbauen zu können. Dies umfasst die Unterstützung u. a. bei der Öffentlichkeitsarbeit, Fortbildung und Arbeit der Sprecherinnen und Sprecher.

Darüber hinaus fordert die Landesarbeitsgemeinschaft das Land Brandenburg auf, hauptamtliche **Angehörigenbeauftragte mit eigenem Erfahrungshintergrund** als Angehörige von Menschen mit psychischen Erkrankungen zu installieren. Solch eine Position gibt es im Land Brandenburg bisher nicht.

Zudem fordert die Landesarbeitsgemeinschaft das Land Brandenburg auf, darauf hinzuwirken, dass **der/die Angehörigenbeauftragte und die Landesarbeitsgemeinschaft verbindlich einzuladen und zu beteiligen** ist bei allen für das Thema richtungsweisenden Treffen in Kliniken, Verwaltung und Parlament.